

KEB zieht Bilanz und feiert 50-Jähriges

Cham/Landkreis. Am Freitag, 6. Oktober, findet um 16.30 Uhr im Alfonsaal des Geistlichen Zentrums Cham die Mitgliederversammlung der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB) im Landkreis Cham statt. Im Zentrum des Regularienstands steht der Abschluss des dreijährigen Strukturprozesses der KEB im Bistum Regensburg mit dem Votum der Mitglieder zur Verschmelzung der KEB Cham mit den anderen zehn regionalen KEBs. Im zweiten Teil bezieht die KEB Cham buchstäblich ihr 50-jähriges Bestehen. Denn am Versammlungsort wurde am 26. Juni 1973 das damalige Katholische Kreisbildungswerk gegründet.

Bei einem historischen Spaziergang mit Kulturführerin Johanna Aschenbrenner werden für die inhaltliche Arbeit der KEB in der Kreisstadt relevante Orte aufgesucht. Nach einem Buffet im Hotel am Regenbogen findet ein kulturell-geistlicher Abschluss in der evangelischen Erlöserkirche statt. Die Vertreter der KEB-Mitglieder in den Pfarrgemeinden, kirchlichen Verbänden und Bildungshäusern sind zur Versammlung eingeladen. Anmeldung: KEB Cham, Tel. (0 99 71) 71 38.

IN KÜRZE

Wallfahrt nach Rom für Ministranten

Cham/Chamerau. Das Bischöfliche Jugendamt Regensburg veranstaltet mit dem Bayerischen Pilgerbüro eine Fahrt für Jugendliche ab 13 Jahren zur Internationalen Ministrantenwallfahrt nach Rom vom 28. Juli bis 2. August 2024. Die Katholische Jugendstelle Cham lädt Verantwortliche aus den Pfarreien, Oberminis, Gruppenleiter und alle Interessierten aus dem Dekanat Cham zum Infoabend zur Wallfahrt am Donnerstag, 5. Oktober, 19 Uhr, im Pfarrsaal Chamerau (Chamer Straße 9). Anmelden zum Infoabend kann man sich bis Mittwoch bei der Jugendstelle unter cham@jugendstelle.de bzw. unter (0 99 71) 4625.

Welche Heizung braucht mein Haus?

Cham/Landkreis. Im Zuge der Vortragsreihe „Welche Heizung braucht mein Haus?“ der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB) im Landkreis Cham in Zusammenarbeit mit dem Verbraucherservice Bayern im KDFB und dem BUND findet am Mittwoch um 19 Uhr im Hotel am Regenbogen in Cham eine Veranstaltung statt. Energieberater und Baubiologe Wolfgang Kuchler informiert über aktuelle Heizungssysteme und zeigt Möglichkeiten der Optimierung der Heizung auf. Der Vortrag ist kostenlos, Anmeldung ist nicht erforderlich.

Tschechisch-deutsche Pilgeraktion in Dlačov

Cham/Landkreis. Zehn Jahre ist es her, dass sich im Oktober 2013 im Vorfeld des Katholikentages in Regensburg bei einer Pilgerwanderung der Katholischen Erwachsenenbildung im Landkreis Cham Tschechen und Deutsche auf den Jakobsweg von Prag nach Neukirchen b. Hl. Blut begaben. Daran knüpft eine Pilgeraktion der tschechischen Jakobsgesellschaft ultreia. Am Samstag, 21. Oktober, 9 Uhr, trifft man sich dazu am Bahnhof Klatovy mit deutschen Jakobspilgern. Dann pilgert man in die 12,5 Kilometer entfernte Gemeinde Dlačov. Dort will man rund 60 Bäume pflanzen. Nach dem Treffen abends wird im Kindergarten von Dlačov übernachtet. Nach dem Frühstück pilgert man am Sonntag, 22. Oktober, nach Kdyně. Info/Anmeldung: Michael Neuberger, KEB Cham, Tel. (0 99 71) 71 38 bzw. info@keb-cham.de.

„Stadt und Land gleichbehandeln“

MdL Gerhard Hopp kritisierte bei der CSU-Versammlung Maßnahmen der Bundesregierung

Falkenstein. „Vieles, was für uns selbstverständlich war, ist derzeit in Frage gestellt. Daher ist Zusammenhalt umso wichtiger“, erklärte MdL Gerhard Hopp zu Beginn der CSU-Versammlung, bei der die Mandatsträger Landrat Franz Löffler und Bürgermeister Martin Stoiber wegen des gleichzeitigen Bombenfundes in Cham (wir berichteten) bei der Versammlung verhindert waren.

So übernahm MdL Hopp die Versammlung alleine. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine betreffe Europa und habe Auswirkungen auf die Energieversorgung, die Preise und Inflation. Dadurch sei die Verunsicherung groß. Es sei auch nicht sichtbar, dass die Bundesregierung das Land zusammenhalten würde. Bei den meisten Bundestagsabgeordneten habe sich das Großstadtdenken breit gemacht.

„Weltfremde Politik“

Seit zwei Jahren werde von der Zeitenwende bei der Bundeswehr gesprochen. Welche Rolle der ländliche Raum spielt, sei nicht zu erkennen. Das Heizungsgesetz wurde beschlossen. Es beinhalte eine weltfremde Politik, wenn man das Heizen mit Holz verbieten will.

„Das Land tickt aber anders als die Regierung in Berlin“, so Hopp. Und weiter: „Wir verspüren eine Vollbremsung beim Wohnen und Bauen, keiner traut sich mehr. Deutschland ist in eine Rezession gefallen. Es gibt kein Bauprogramm des Bundes, stattdessen werden die Kommunen und die Privaten verunsichert. In Bayern sind Baugewerbe gefährdet. Die Staatsregierung will ein Bauprogramm aufliegen,



MdL Gerhard Hopp informierte die Zuhörer über die unterschiedlichsten Themen der Politik, 2. v. r. Falkensteins CSU-Ortsvorsitzender Ludwig Himmelstoß. Foto: Hermann Markl

bei dem die Differenz der von 1,5 auf 4,5 Prozent gestiegenen Zinsen mit drei Prozent übernommen werden soll.“

Die Förderung von Maßnahmen der „Ländlichen Entwicklung“ würden vom Bund zu 100 Prozent gekürzt. Gleichzeitig werde das 49-Euro-Ticket gestützt, das nur den Städtern helfe; bei uns fahre vielleicht zweimal am Tag ein Bus. Man sollte die Wirtschaft nicht nur in den Städten am Laufen halten, sondern auch auf dem Land. Bayern kümmere sich um ein Sonderprogramm zum Bau von Kitas und Kindergärten.

Beim Länderfinanzausgleich habe der Freistaat im Jahr 2015 3,5 Milliarden Euro eingezahlt, Heuer seien es bereits zehn Milliarden Euro. Da Bayern der stärkste Einzahler sei und Län-

der wie Berlin oder Bremen die größten Nutznießer seien und dort Projekte unterstützen können, die nicht unbedingt notwendig wären, wurde eine Klage beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht.

Eine sehr positive Entwicklung bestätigte Hopp dem Campus in Cham, der 800 Studenten in ihrer beruflichen Bildung ausbildet. Deshalb fordere er, dass von der Kita bis zum Master und Meister die Ausbildung kostenlos sein solle. Stadt und Land müssten gleichbehandelt werden.

„Das Land tickt anders als die Regierung in Berlin.“

Gerhard Hopp
Landtagsabgeordneter

Ein Problem sei auch das Bürgergeld. Zunächst habe es geheißen: fördern und fordern. Im nächsten Jahr solle es nochmals um zwölf Prozent erhöht werden. „Welcher Arbeiter bekommt eine jährliche Lohnerhöhung von zwölf Prozent?“, fragte der Abgeordnete. „Wir haben zurzeit 2,6 Millionen Arbeitslose. Lohnt sich da die Arbeit noch? Das sind falsche Ansätze, die auch die Flüchtlinge betreffen.“

Hilferufe nicht zu überhören

Bayern habe sehr viel Menschlichkeit gezeigt. Trotzdem seien die Hilferufe der Landkreise in ganz Deutschland nicht mehr zu überhören, da die Plätze zur Unterbringung der Asylbewerber fehlten. Man sollte lieber Sachleistungen anbieten

anstelle von Geld. Die Schleusen von Flüchtlingen müssten verhindert werden.

Die Steuer bei den Gaststätten solle bei sieben Prozent bleiben, und die Stromsteuer müsse auf ein europäisches Mindestmaß gesenkt werden. Die CSU handle als Volkspartei und Sorge sich um das Volk.

Ortsvorsitzender Ludwig Himmelstoß dankte dem Direktorkandidaten Hopp mit einer Brotzeit, ehe die Diskussion folgte. Dabei ging es hauptsächlich um Bürokratieabbau und den verstärkten Netzausbau bei Flächen-Photovoltaik. Angesprochen auf die übergroße Plakatierung mancher Mitbewerber, erklärte Hopp: „Ich will mich nicht größer machen als ich bin und vor allem nicht größer als die Menschen. Mir geht es um Augenhöhe.“ rar

Scharfe Kritik und viele Infos rund um Immobilien

BWE-Kreisvorsitzender Andreas Stangl: Eigentümer, Vermieter und Mieter werden durch die Regierung überfordert

Cham/Landkreis. Der Bayerische Wohnungs- und Grundeigentümerversand (BWE) Cham mit Vorsitzendem Andreas Stangl und die Sparkasse im Landkreis Cham mit Vertriebsdirektor Martin Wanninger begrüßten 150 Besucher zur Veranstaltung, die sich rund um das Thema „Immobilie“ drehte.

Eigentümer, Vermieter und Mieter, so Stangl, würden durch die Regierung überfordert. Zielkonflikte zwischen Klimaschutz, sozialem Wohnungsbau, Wirtschaft und Entbürokratisierung würden nicht gelöst, sondern verschärft. Beispielhaft erläuterte Stangl dies anhand des „Heizungsgesetzes“, Gebäudeenergiegesetz (GEG). „Statt auf Innovation zum Wohl des Klimas zu setzen, hat man die Gesellschaft verunsichert, und es gab einen Boom fossiler Heizungen.“

Lösungsvorschläge ignoriert

Dies bestätigte auch der Mitreferent Tobias Scherner, der sagte, er habe als Ingenieur noch nie so viele Anfragen zu Ölkesseln und Gaskesseln erhalten wie 2023. Das Diktat der Wärmepumpe habe zur Flucht in fossile Heizungen geführt, so dass sie spätere „Technologieoffenheit“ dies auch nicht mehr retten konnte. Zudem werde auch hier auf Strom gesetzt, wobei Deutschland eifrig Strom aus Kohle gewinne kein Beitrag zum Klimaschutz. Eigene Lösungsvorschläge würden von der Regierung ignoriert.

Besser wäre es gewesen, z.B. 20 Prozent Energieeinsparung gestaffelt nach Baualter als Ziel vorzugeben. Techniker könnten dann sowohl im Neubau als auch im Bestand individuelle Lösungen suchen. Flankiert durch Förderung, Abschreibungsmöglichkeit und Unterstützung sozialschwacher Mieter löse man Zielkonflikte.



BWE-Kreisvorsitzender Andreas Stangl übt Kritik am Gebäudeenergiegesetz: „Statt auf Innovation zum Wohl des Klimas zu setzen, hat man die Gesellschaft verunsichert, und es gab einen Boom fossiler Heizungen.“ Foto: Sparkasse

Martin Wanninger freute sich, dass zumindest in Sachen Förderung langsam mehr Klarheit bestehe. Es bleibe zu hoffen, dass die Förderungen nun planbar und mit ausreichend Summen hinterlegt werden. Eine neu aufgelegte Förderung sei innerhalb von 24 Stunden ausgeschöpft gewesen. Die Sparkasse stehe beratend zur Seite, um energetische Sanierung zu ermöglichen.

MdL Hopp sagte, er spüre die Fassungslosigkeit in der Bevölkerung. Viele Menschen, aber auch Firmen sprächen ihn an, wie so etwas sein könne. Da es Bundesgesetze sind, sei der Einfluss der Landespolitik begrenzt. Bezeichnend sei gewesen, dass Verbände dem Wohnungsgipfel der Bundesministerin Geywitz aus Frust ferngeblieben seien.

Ingenieur Scherner bestätigte die Verunsicherung auch in der Branche. Es sei selbst für Berater schwer, die verschiedenen Fristen dem Bürger zu erklären und zu einer bestimmten Technik zu raten. Wärmepumpen hätten lange Lieferzeiten. Selbst fossile Heizungsanlagen seien kurzfristig schwer zu bekommen. Es fehlten die Handwerker, die alles schnell einbauten.

Unabhängig vom GEG sehe er keine Zukunft für die fossilen Heizanlagen, so Scherner. Wer

vor der kommunalen Wärmeplanung einbaut, müsse sich darüber klar sein, dass Schritt für Schritt erneuerbare Energien (EE) eingesetzt werden müssen.

Stangl zeigte die Regelungsflut im Mietrecht. Es werde viel Streitigkeiten mit der CO₂-Kostenaufteilung geben, ebenso mit den Energiepreisen. Grundfehler der Politik sei es, aus dem Verbrauch eines Gebäudes automatisch auf dessen Qualität schließen zu wollen. Dies gehe bei größeren Wohneinheiten, bei kleineren Wohneinheiten, wie bei uns, schlugen Sparsamkeit bzw. Verschwendung extrem durch. Dies habe Folgen, wieviel Kosten Vermieter und Mieter zu tragen haben.

Fallstricke lauerten auch wegen mangelnder Aufklärung. Viele glaubten, bei einem Wohnraummietvertrag gelte automatisch das Stufenmodell. Einerseits gebe es Ausnahmen, andererseits stelle das Gesetz nicht auf den Mietvertragstyp ab, sondern auf die Art des Gebäudes. Wenn also eine Wohnung in einem überwiegenden Geschäftshaus ist, gebe es eine Teilung 50:50 und nicht nach dem Stufenmodell. Vermieter müssten die zahlreichen Informationspflichten in der Abrechnung beachten. Es sei quasi eine durch den Gesetzgeber

verordnete Brieffreundschaft zwischen Vermieter und Mieter, gebe es Sanktionen, wie z.B. einen dreiprozentigen Abzug vom Heizungsanteil. Mieter erlebten zum ersten Mal, dass, wenn sie selbst die Brennstoffe einkauften, den CO₂-Anteil gegenüber dem Vermieter abrechnen müssen – ein neues Geschäftsfeld für Abrechnungsfirmen – die Mieterabrechnung.

Wütend sei er, Stangl, über das Heizungsgesetz, das auch Änderungen des Mietrechts enthalte. Der Missbrauch der Index-Miete in Großstädten führe nun dazu, dass man generell auf den Kosten der Modernisierung bei Indexverträgen als Vermieter sitzen bleibe – gerade bei uns nahezu die einzige Möglichkeit, Mieten anzupassen.

Übergangsfristen vergessen

Handwerklich habe man Übergangsfristen vergessen, was auf die Qualität der Arbeit in Berlin schließen lasse. Nicht erklärbar ist es für Stangl, „dass der Wohnraummietverträge die Energieverträge finanziell mittragen muss, Geschäftsraummietverträge aber keinen Cent zahlen müssen“. Stangl stellte die geplanten neuen Modernisierungumlagen vor, die scharf gede-

ckelt würden. „Es nützt nichts, wenn man zehn Prozent der Kosten für die Heizungsanlage auf den Mieter umlegen darf, wenn dies auf 50 Cent pro Quadratmeter gedeckelt ist. Dann kann man ins Gesetz auch 90 Prozent der Kosten rein schreiben, da die 50 Cent massiv kappen. Taschenspielertricks der Regierung.“

Die Referenten waren sich einig, dass es bereits jetzt herbe finanzielle Verluste für unsanierte Bestandsbauten gebe. Etwa 20 Prozent Wertverlust sei am Markt zu beobachten.

Notar Robert Maurer ging auf die Gestaltung des Immobilienkaufvertrags ein. Er stellte das neue Kaufrecht und dessen Auswirkung auf Kaufverträge über Immobilien vor. Es sei zu bemerken, dass die energetische Beschaffenheit des Gebäudes auch im Kaufvertrag immer mehr in den Fokus rücke. Empfehlenswert sei es, vor dem Kauf die energetische Beschaffenheit durch einen Fachmann prüfen zu lassen.

Im Anschluss an die Vorträge gab es rege Diskussionen. Stangl bedankte sich bei den Eigentümern in Cham, kleinere Wohnungen für die Studenten des Campus und für Bundeswehrangehörige zur Verfügung zu stellen. Einige Vorträge sind auf der Seite www.bwe-cham.de hinterlegt.